

Antrag 270/II/2019
KDV Steglitz-Zehlendorf**Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****15 Punkte um die Klimakrise zu bekämpfen**

1 Das auf Wachstum und der Ausbeutung fossiler Ressourcen
2 basierende Wirtschaftssystem führt offenkundig in
3 die Klimakatastrophe – wenn nicht jetzt radikal umge-
4 steuert wird. Das erkennen weltweit immer mehr Men-
5 schen, nicht erst seit mit „Fridays for Future“ jede Wo-
6 che hunderttausende Schüler*innen weltweit für mehr
7 Klimaschutz auf die Straße gehen. Die Klimakrise domi-
8 niert zurzeit viele öffentliche Debatten und Wahlkämpfe,
9 ob in Australien oder zuletzt bei der Europawahl. Dabei
10 ist es natürlich nicht so, als hätten wir keine anderen Pro-
11 bleme, die auf eine Lösung warten. Der weltweite Rechts-
12 ruck, die soziale Spaltung innerhalb der Gesellschaft und
13 die militärischen Eskalationen an so vielen Brandherden
14 wie nie stellt uns vor immense Herausforderungen. Vie-
15 le dieser Herausforderungen sind aber eng mit dem Kli-
16 mawandel verbunden. Wasser- und Ressourcenknappheit
17 und Extremwetterkatastrophen befeuern u.a. durch Kon-
18 flikte ausgelöste Fluchtbewegungen und auch in sozialer
19 Hinsicht trifft das Motto des DGB zu den Internationalen
20 Klimaverhandlungen zu: „There are no jobs on a dead pla-
21 net“.

22
23 Für uns bedeutet der Kampf gegen die Klimakrise nicht
24 nur den Erhalt einer lebenswerten Umwelt, für uns ist es
25 zugleich der Kampf gegen ein Wirtschaftssystem, das den
26 Raubbau an Natur und Menschen für Profite fördert und
27 die dramatischen Folgen der Allgemeinheit überlässt.

28
29 Wir stehen auf Seite all derer, die sich für ambitionierten
30 Klimaschutz einsetzen. Dabei sind wir solidarisch mit den
31 Aktivist*innen der Klimabewegungen wie z.B. Fridays For
32 Future, Scientists for Future, Workers for Future, die auch
33 mit zivilem Ungehorsam genau jene in den Fokus neh-
34 men, die mit diesem Raubbau Milliarden verdienen. Ein
35 radikaler Bruch mit dem fossilen Kapitalismus zwingt uns
36 neue Fragen auf. Wie können wir die Fehler der Vergan-
37 genheit vermeiden und die notwendige Transformation
38 dafür nutzen, dass die Zukunft aus einer Wirtschaftsord-
39 nung besteht, die auf demokratischer Kontrolle, sozialer
40 Teilhabe und der Achtung der planetaren Grenzen beruht?

41
42 **1. Wir bekennen uns zum Pariser Klimaschutzabkommen**
43 Mit dem Pariser Klimaschutzabkommen ist es gelun-
44 gen eine Einigung zwischen 196 (seit dem Ausstieg der
45 USA unter Trump nun 195) Ländern auf ein allgemeines
46 rechtsverbindliches, weltweites Klimaschutzübereinkom-
47 men zu erreichen. Zentrales Ziel des Abkommens ist es,

Empfehlung der Antragskommission
Annahme (Konsens)

48 den Anstieg der Klimaerhitzung auf 2 Grad Celsius, mög-
49 lichst sogar 1,5 Grad bis Ende des Jahrhunderts zu be-
50 grenzen. Die EU und andere Industrieländer sind gehal-
51 ten, ärmere Länder zu unterstützen. Denn ein Großteil der
52 in der Atmosphäre kumulierten Emissionen stammt aus
53 der Industrialisierung einiger weniger Staaten, während
54 Schwellen- und Entwicklungsländer schon heute überpro-
55 portional von der Klimakrise betroffen sind. Angesichts
56 der Versäumnisse in der Vergangenheit müssen Länder
57 wie Deutschland äußerst schnell Maßnahmen ergreifen,
58 um ein äußerst begrenztes CO2-Budget einzuhalten und
59 ihren Beitrag zur Einhaltung des 1,5 Grad-Limits nachzu-
60 kommen. Dafür müssen alle Sektoren liefern, also insbe-
61 sondere die Energieversorgung, der Verkehr, die Industrie,
62 Wärme und die Landwirtschaft. Sämtliche Ebenen und Be-
63 reiche sind daran gehalten, effektive Maßnahmen schnell
64 zu ergreifen, die wir dringend einfordern.

65

66 **2. Wir fordern die schnellstmögliche Einigung auf ein Kli-**
67 **maschutzgesetz. Wir dürfen uns hier vom Koalitionspart-**
68 **ner nicht mehr hinhalten lassen. Am Klimaschutz kann**
69 **sich entscheiden, ob die große Koalition bis zum Ende**
70 **hält.**

71 Deutschland hat keine gesetzlich verankerten Klima-
72 schutzziele. Bestehende Ziele für 2020, 2030 und 2040
73 sind lediglich Kabinettsbeschlüsse, die von den jeweili-
74 gen Koalitionen bestätigt wurden. Auch das führt dazu,
75 dass Deutschland sein Ziel, 40% der Emissionen bis 2020
76 gegenüber 1990 einzusparen, mit lediglich 32% krachend
77 verfehlen wird. Da der Großteil der Einsparungen auf
78 den industriellen Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft
79 zurückzuführen ist, kann man von einem Totalversagen
80 sprechen. Dazu kommt, dass die nationalen Klimaziele
81 noch immer aus dem Energiekonzept der Bundesregie-
82 rung von 2010 abgeleitet werden, dass eine Emissions-
83 minderung von 80-95% bis 2050 vorsah. Alle nachfolgen-
84 den Ziele für 2030 inklusive der Sektorziele aus dem Kli-
85 maschutzplan 2050 adressieren die 80% bis 2050. Mit der
86 Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens sind die-
87 se Ziele völlig überholt. Bis 2050 muss Deutschland seine
88 Emissionen danach um mindestens 95% reduzieren und
89 eigentlich bereits 2040 weitgehend treibhausgasneutral
90 sein. Das führt dazu, dass selbst die bestehenden klimapo-
91 litischen Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag per se nicht
92 mit dem Pariser Abkommen vereinbar sind.

93 Nichtsdestotrotz hat die SPD nach dem Scheitern der
94 Jamaika-Verhandlungen einige wichtige Stellschrauben
95 für den Klimaschutz verankern können. Im Koalitionsver-
96 trag haben sich die Regierungsparteien auf eine Klima-
97 schutzgesetzgebung geeinigt, mit der das 2030-Ziel zur
98 Reduzierung der CO2-Emissionen um mindestens 55% ge-
99 genüber 1990 erreicht werden soll. Dafür sollen die bis-
100 her unverbindlichen Klimaziele und die Sektorziele für

101 2030 gesetzlich verankert und mit einem Maßnahmenpa-
102 ket unterlegt werden. Zentrales Vorhaben ist der Ausbau
103 der Erneuerbaren Energien auf mindestens 65% der Brut-
104 tostromerzeugung. Wichtiger Baustein war auch die Ein-
105 setzung der sogenannten Kohlekommission, die den Weg
106 und das Ende der Kohleverstromung in Deutschland be-
107 schreiben sollte. Das klimapolitisch ernüchternde Ergeb-
108 nis von Anfang 2019 soll ebenfalls gesetzlich fixiert wer-
109 den.

110 Das Zwischenfazit ist schockierend. Von Beginn der Regie-
111 rungsarbeit an hat die Union alle klimapolitischen Initia-
112 tiven ausgebremst und auf Zeit gespielt. Unter dem Ein-
113 fluss der fossilen Lobby blockiert die Union das von Svenja
114 Schulze eingereichte Klimaschutzgesetz, verschleppt den
115 Kohleaussieg und verhindert wirksame ordnungsrechtli-
116 che Maßnahmen mit Verweis auf teure Anreizprogram-
117 me, deren Wirksamkeit höchst fraglich sind. Um die Blo-
118 ckaden irgendwie aufzulösen wurde daher ein Klimakabi-
119 nett eingerichtet, im dem alle Minister*innen der relevan-
120 ten Ressorts vertreten sind. Am 20. September soll hier ein
121 ganzes Paket an klimapolitischen Maßnahmen beschlos-
122 sen werden.

123

124 **3. Wir fordern klare ordnungsrechtliche Maßnahmen in**
125 **den Sektoren Energie, Verkehr, Industrie, Gebäude und**
126 **Landwirtschaft sowie Förderprogramme und eine CO2-**
127 **Bepreisung.**

128 Von Beginn der Regierungsarbeit an hat die Union al-
129 le klimapolitischen Initiativen ausgebremst und auf Zeit
130 gespielt. Unter dem Einfluss der fossilen Lobby blockiert
131 die Union das von Svenja Schulze eingereichte Klima-
132 schutzgesetz, verschleppt den Kohleaussieg und verhin-
133 dert wirksame ordnungsrechtliche Maßnahmen mit Ver-
134 weis auf teure Anreizprogramme, deren Wirksamkeit
135 höchst fraglich sind. Die Einführung eines eigenen natio-
136 nalen Emissionshandels für Wärme und Verkehr, wie von
137 vielen in der Union favorisiert, lehnen wir ab.

138

139 **4. Wir fordern, dass eine notwendige Anhebung der Ener-**
140 **giesteuersätze sozial gerecht ist.**

141 Dafür brauchen wir deutliche Entlastungen gerade der
142 einkommensschwachen Haushalte an anderer Stelle. Ob
143 über die Absenkung anderer Belastungen oder eine Kli-
144 maprämie, wichtig ist die sozialpolitische Verteilungs-
145 wirkung. Einkommensstarke Haushalte haben im Schnitt
146 mehr Wohnfläche zur Verfügung, fahren größere Autos
147 und insgesamt einen deutlich höheren CO2-Fußabdruck.
148 Mit einer sinnvollen Steuerreform anhand der CO2-
149 Intensität ist es möglich, einkommensschwache Haushal-
150 te in Zukunft zu entlasten und zugleich einen wesentli-
151 chen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Die Weiterent-
152 wicklung der CO2 Bepreisung muss zwei konkrete Vor-
153 aussetzungen erfüllen:

- 154 1. ökologische Lenkungswirkung: sofort umsetzbare
155 Maßnahmen zur deutlichen Reduzierung des Aus-
156 stoßes von Treibhausgasen insbesondere bei Wär-
157 me und Verkehr mithilfe einer Erhöhung der Ener-
158 giesteuersätze auf ausgestoßenes CO₂
- 159 2. soziale Lenkungswirkung: soziale Ausgestaltung
160 der Belastung durch diese Steuererhöhung und Si-
161 cherstellung der Aufkommensneutralität

162

163 **5. Wir fordern als ersten Schritt einen Mindestpreis von**
164 **180.- Euro die Tonne CO₂ für die Industrie einzuführen, der**
165 **dem ETS dann die erhoffte klimapolitische Lenkungswir-**
166 **kung verschaffen kann und kontinuierlich steigt.**

167 Der ETS als marktliches Mengeninstrument hat unter dem
168 Einfluss der fossilen Lobbyverbände in den letzten 15 Jah-
169 ren kaum bis gar keine Wirkung zeigen können.

170

171 **6. In den nicht dem ETS unterworfenen Sektoren wie Wär-**
172 **me und Verkehr fordern wir eine kurzfristig einführrba-**
173 **re und wirksame CO₂-Bepreisung, die über einen auf-**
174 **steigenden Pfad Investitionssicherheit gibt. Diese CO₂-**
175 **Bepreisung soll so ausgestaltet werden, dass Privathaus-**
176 **halte nur bei Klimaschädlichem Verhalten mehr belastet**
177 **werden (Ausgleichszahlung)**

178 Bisher sind wichtige Bereiche, wie Verkehr und Gebäude
179 nicht in den Europäischen Emissionshandel (ETS) einbe-
180 zogen. Die Einführung eines eigenen nationalen Emisssi-
181 onshandels für Wärme und Verkehr, wie von vielen in der
182 Union favorisiert, lehnen wir ab. Hier hoffen die gleichen
183 Lobbyisten wie beim ETS ihren Einfluss geltend zu machen
184 und das Instrument schrottreif zu schießen. Zudem dau-
185 ert der Aufbau eines solchen Instrumentes Jahre. Jahre,
186 die wir in Anbetracht der Klimakrise nicht haben.

187

188 **7. Wir fordern, endliche eine stärkere Bepreisung von Flug-**
189 **tickets im Rahmen einer Klimaabgabe und eine Besteue-**
190 **rung von Kerosin auf allen Flügen vorzunehmen.**

191 Anzustreben wäre als vorrangige Lösung eine gemeinsa-
192 me europäische Lösung für die Verteuerung des Flugver-
193 kehrs. Sollte dies nicht gelingen, sollte auf nationaler Ebe-
194 ne ein Weg gefunden werden.

195 Der Flugverkehr boomt. Wesentlicher Grund sind die nied-
196 rigen Preise für Tickets, mit denen keine Bahn mithalten
197 kann. Verantwortlich dafür ist wiederum, dass der Staat
198 das Fliegen subventioniert, in dem er keine Steuer auf
199 den Verbrauch des Kerosins erhebt. Wir brauchen jetzt die
200 Schubumkehr. Flugpreise müssen die ökologischen Kos-
201 ten enthalten. Wir halten es für dringend erforderlich,
202 endliche eine stärkere Bepreisung von Flugtickets im Rah-
203 men einer Klimaabgabe und eine Besteuerung von Kero-
204 sin auf allen Flügen vorzunehmen. Anzustreben wäre als
205 vorrangige Lösung eine gemeinsame europäische Lösung
206 für die Verteuerung des Flugverkehrs. Sollte dies nicht ge-

207 lingen, sollte auf nationaler Ebene ein Weg gefunden wer-
208 den. Dabei ist unabdingbar, dass die Einnahmen aus einer
209 stärkeren Bepreisung von Flügen in den massiven Ausbau
210 des Schienennetzes fließen.

211

212 **8. Wir fordern, dass umgehend zusätzliche Braunkohle-**
213 **Kraftwerkskapazitäten von zwei Gigawatt gedrosselt**
214 **werden sollten und die alten und klimaschädlichsten**
215 **Braunkohle-Kraftwerksblöcke mit 3,1 Gigawatt bis 2020**
216 **abzuschalten sind. Bis 2022 sollten Steinkohle-Kraftwerke**
217 **mit einer Gesamtkapazität von 7,5 Gigawatt abgeschaltet**
218 **werden.**

219 Der hohe Verbrauch fossiler Energieträger wie Kohle, Öl
220 und Gas ist wesentliche Ursache für den Klimawandel,
221 wobei Kohle die mit Abstand klimaschädlichste Energie
222 ist. Kohlekraftwerke verursachen einen Großteil des welt-
223 weiten Ausstoßes von CO₂. Die Bekämpfung der Klimakri-
224 se macht deshalb den Ausstieg aus der klimaschädlichen
225 Kohle und den Ausbau der klimafreundlichen erneuerba-
226 ren Energien zwingend. Die Kohlekommission hat einen
227 Pfad empfohlen, bei dem das letzte Kraftwerk noch 2035,
228 vielleicht sogar noch 2038 laufen soll. Das ist klimapoli-
229 tisch nicht vertretbar. Wenn wir das 1,5 Grad-Limit von Pa-
230 ris ernst nehmen, muss der Kohleausstieg in Deutschland
231 2030 abgeschlossen sein. Wir fordern daher den schnellst-
232 möglichen Ausstieg aus dem Kohlebergbau in Verbindung
233 mit der Sicherstellung von beruflichen Perspektiven für
234 die noch darin Beschäftigten. Dabei ist klar, dass dies nur
235 bei einem deutlich beschleunigten Ausbau der Erneuerba-
236 ren Energien gelingen kann.

237

238 **9. Wir fordern einen CO₂-Mindestpreis im Stromsektor**

239 Wir halten den Europäischen Emissionshandel (ETS) für
240 äußerst problematisch und fordern, dass die Bundesregie-
241 rung sich in der EU für einen CO₂-Mindestpreis im Strom-
242 sektor einsetzt. 2020 sollte dieser beginnen und bis 2025
243 auf mindestens 40 Euro pro Tonne steigen.

244

245 **10. Wir fordern eine Förderpolitik, die das Potenzial unter-**
246 **schiedlicher Technologien bei den Erneuerbaren Energien**
247 **nutzt. Die technologiespezifischen Einspeisevergütungen**
248 **haben dies erfolgreich bewerkstelligt und sollten daher**
249 **auch in Zukunft eingesetzt werden, um erneuerbare En-**
250 **ergien zu fördern und auszubauen**

251 Der Ausstieg aus der Kohleverstromung kann nur gelin-
252 gen, wenn Erneuerbare Energien den Platz einnehmen
253 können. Dazu gehört nicht nur, den Ausbau der Erneuer-
254 baren zu beschleunigen, sondern auch ihre Integration in
255 das Stromnetz zu gewährleisten. Mit dem Erneuerbare-
256 Energien-Gesetz (EEG) konnte in den letzten Jahren hier-
257 für ein großer Beitrag geleistet werden. Die jährliche De-
258 ckelung des Ausbaus von Wind- und Solarenergie sowie
259 die schrittweise Umstellung auf Ausschreibungen als För-

260 dermechanismus hat jedoch den Ausbau der Erneuerba-
261 ren verlangsamt und es kleineren, dezentral organisier-
262 ten Energieproduzenten den Zugang zu Förderungen er-
263 schwert.

264 Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik steht für eine
265 technologieoffene Förderpolitik in der Energiewende.
266 Technologieoffen heißt jedoch nicht neutral zu bleiben:
267 Photovoltaik, Windmühlen an Land und auf See, Biomas-
268 se, Geothermie und Wasserkraft haben alle ihre speziel-
269 len Bedürfnisse, was Förderung und Ausbau angeht. Um
270 das Potenzial jeder einzelnen Technologie zu entwickeln,
271 muss die Förderpolitik ihren speziellen Bedürfnissen Rech-
272 nung tragen. Die technologiespezifischen Einspeisevergü-
273 tungen haben dies erfolgreich bewerkstelligt und sollten
274 daher auch in Zukunft eingesetzt werden, um erneuerba-
275 re Energien zu fördern und auszubauen – insbesondere,
276 wenn es um dezentralere, lokale Energieerzeugungs- und
277 -verbrauchssysteme geht.

278

279 **11. Wir fordern sowohl den Ausbau der Übertragungskapazitäten von großen Wind Offshore Parks im Norden Deutschlands in den Süden zu verstärkt und ebenso Anstrengungen zu fördern, die auf dezentrale, kommunale Lösungen setzen.**

284 Die Integration der Erneuerbaren darf nicht nur die In-
285 teressen der großen Energieerzeugungskonzernen verfol-
286 gen. Dem Netzausbau kommt hierbei eine Schlüsselrolle
287 zu. Der Ausbau der Übertragungskapazitäten von großen
288 Wind Offshore Parks im Norden Deutschlands in den Sü-
289 den muss zwar fortgesetzt und verstärkt werden. Aller-
290 dings müssen ebenso Maßnahmen und Anstrengungen
291 gefördert werden, die auf dezentrale, kommunale Lösun-
292 gen setzen. Das betrifft den Ausbau intelligenter, dezentraler Einspeisesysteme genauso wie die Weiterentwicklung hin zu einem intelligenten Energieverbrauch, der der volatilen Energiegewinnung aus Sonnen- und Windenergie besser Rechnung trägt. Speichertechnologien kommt hier eine entscheidende Rolle zu. Es sollten daher mehr Mittel für Forschung und Produktionskapazitäten für Batterien und andere Energiespeichertechnologien mobilisiert werden.

301

302 **12. Wir fordern, die Kosten der Energiewende fair zu verteilen.**

304 Hohe Strompreise, die aus der Förderung der Erneuerbaren Energien, aber auch aufgrund steigender Kosten für Netzentgelte resultieren, treffen dabei ärmere Haushalte härter als reichere. Zwar geht von einem höheren Strompreis ein Anreiz für einen geringeren Energieverbrauch aus. Allerdings braucht eine fortwährende Akzeptanz der Energiewende auch akzeptable Preise für die privaten Haushalte. Die SPD setzt sich dafür ein, die Maßnahmen bei der Finanzierung der Einspeisevergütungen

313 des EEG für die energieintensive Industrie zu verringern
314 und stattdessen nur noch für solche Sektoren zu gewähr-
315 leisten, die tatsächlich in einem international harten Kos-
316 tenwettbewerb stehen. Außerdem sollte die EEG-Umlage
317 maximal gedeckelt werden. Wenn die Kosten der Einspei-
318 severgütung zu einer EEG-Umlage oberhalb der Decke-
319 lung führen, sollten Steuermittel zur Finanzierung bereit-
320 gestellt werden. Auf diese Weise sind eine fairere Lasten-
321 verteilung und eine klare Garantie, dass die Strompreise
322 nicht über ein gewisses Limit steigen werden, gegeben.
323 Um die Bezahlbarkeit der Energiekosten zu gewährleis-
324 ten bedarf es allerdings auch einer allgemeinen Verbesse-
325 rung der unteren und mittleren Einkommen in Deutsch-
326 land. Höhere Kosten verbunden durch mehr Nachhaltig-
327 keit sind nur dann gesellschaftlich akzeptabel, wenn die
328 soziale Frage nach mehr Gleichheit und Verteilungsge-
329 rechtigkeit beantwortet ist.
330 Abgesehen vom Kostenanreiz sollten außerdem weitere
331 Maßnahmen zur Energieeinsparung eingeleitet werden.
332 Es sollten daher regulatorische Maßnahmen auf den Weg
333 gebracht werden, die dazu führen, dass elektrische Geräte
334 keine dauerhaften Kontrolllichter besitzen, sparsamer En-
335 ergie verbrauchen und nutzer*innengerecht aktiviert und
336 deaktiviert werden.

337

338 **13. Wir fordern, den Bahnverkehr zu stärken.**

339 Aus ökologischer Sicht ist der Bahnverkehr ein wichti-
340 ges Element der klimagerechten Verkehrswende. Zugleich
341 gehört der öffentliche Schienenverkehr zur Grundversor-
342 gung - es ist eine staatliche Aufgabe, für die Bereitstel-
343 lung einer angemessenen Eisenbahn-Infrastruktur zu sor-
344 gen. Die Stärkung des öffentlichen Nah- und Fernverkehr
345 zum Wohl der Allgemeinheit und breiter Bevölkerungs-
346 kreise war seit jeher ein sozialdemokratisches Anliegen.
347 Leider gibt dieser Sektor gerade kein gutes Bild ab. Die
348 Infrastruktur wurde lange vernachlässigt. Viele Strecken
349 sind sanierungsbedürftig. Die Bahn hat sich aus etlichen
350 Regionen zurückgezogen, die Gleislänge stagniert. Gera-
351 dezu sprichwörtlich sind Zugverspätungen geworden. Die
352 Netzentwicklung der vergangenen Zeit - beispielsweise
353 mit dem Abbau von Weichen - hat diesen Missstand be-
354 günstigt, weil Flexibilität verloren gegangen ist.

355

356 **14. Wir fordern eine Klarstellung, dass die Bahn ein öffent-** 357 **liches Unternehmen mit einem öffentlichen Auftrag ist.**

358 Wir begrüßen das Bestreben der Bundesregierung, zu-
359 künftig die Deutsche Bahn nicht mehr auf maximalen Ge-
360 winn, sondern auf das volkswirtschaftliche Ziel der Stei-
361 gerung des Personen- und Güterverkehrs auszurichten.
362 Hierzu bedarf es einer gesetzlichen Klarstellung über den
363 Status der Deutschen Bahn als öffentlichliches Unterneh-
364 men, um aus dem Aktienrecht ergebenden Bedenken vor-
365 zubeugen. Die angestrebte Verdoppelung der Fahrgast-

366 zahlen bis 2030 ist ein ehrgeiziges Ziel, sollte jedoch eher
367 als geplant erreicht werden. Hierzu ist eine Aufstockung
368 des Volumens der Leistungs- und Finanzierungsvereinbar-
369 ung erforderlich - über den Umfang von 86 Milliarden Eu-
370 ro in zehn Jahren hinaus.

371

372 **15. Wir fordern die LKW Maut auszubauen und den Mehr-**
373 **wertsteuersatz für Bahnfahrten abzusenken.**

374 Die Bahn benötigt für eine Verlagerung von Personen und
375 Gütern von der Straße auf die Schiene faire, privilegier-
376 te Wettbewerbsbedingungen. Die Lkw-Maut muss daher
377 auf weitere Strecken ausgeweitet und angehoben wer-
378 den. Für Bahnfahrten sollte hingegen der Mehrwertsteu-
379 ersatz abgesenkt werden. Die DB Netz AG ist zu verpflich-
380 ten, alte Strecken wieder zu ertüchtigen und in Betrieb
381 zu nehmen - wie beispielsweise die Stammbahn zwischen
382 Berlin und Potsdam. Auch ist das Fahrtempo zu erhöhen,
383 Bummelstrecken zu begrenzen. Zum Gesamtkonzept ge-
384 hören auch verbesserte Anschlussverbindungen - hierbei
385 kann der geplante "Deutschland-Takt" eine wichtige Rolle
386 spielen.

387 Notwendig ist zudem die grundlegende Überarbeitung
388 des Bundesverkehrswegeplans, der völlig an unseren Kli-
389 mazielen und den Mobilitätsbedürfnissen vorbei geht.
390 Wir brauchen keinen Neubau von Autobahnen und Land-
391 straßen, sondern die Wiederverfügbarmachung einer flä-
392 chendeckenden Gleisinfrakstruktur.